

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2003)
Heft: 2: Nein zum Atomausstieg : wir machen weiter - aber sicher!

Artikel: Düstere Wolken am Horizont der Energiepolitik
Autor: Brand, Rafael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Düstere Wolken am Horizont der Energiepolitik

Der Bund ist verfassungsrechtlich verpflichtet, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern. Stattdessen will der Bundesrat das Programm «EnergieSchweiz» totsparen. Auch die CO₂-Abgabe wird heftig bekämpft. Die Schweiz wird so ihre CO₂-Emissionen nicht senken und das Kyoto-Protokoll nicht umsetzen können. Nach dem doppelten Nein zu «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» sieht es für die Schweizer Energie- und Klimapolitik mehr als düster aus. Stehen wir vor einem energiepolitischen Scherbenhaufen? «Energie&Umwelt» hat bei Organisationen aus den Bereichen Wind-, Sonnen-, Holzenergie und Geothermie nachgefragt...

von Rafael Brand, E&U-Redaktor

Mit dem doppelten Nein zu «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» droht der Schweiz ein massiver Know-how-Verlust im Bereich erneuerbare Energien. Während in anderen europäischen Ländern bereits heute die Wende zu einer nachhaltigen Energiepolitik vollzogen wird, droht die Schweiz den Anschluss zu verlieren! Das Schweizer Stimmvolk hätte am 18. Mai 2003 die Weichen hin zu einer innovativen Energiezukunft stellen können. Doch es war kein Abstimmungssonntag der (energie-)politischen Visionen.

Keine Absage an die erneuerbaren Energien

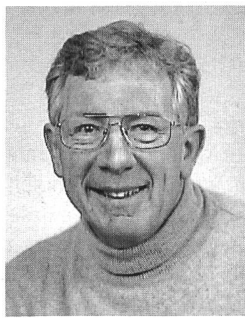
«Das Nein zu den beiden Initiativen ist kein Nein zu den erneuerbaren Energien!», betont Christoph Rutschmann, Geschäftsführer Holzenergie Schweiz. Für Leo Scherer, Mitarbeiter in der Energie- und Atomkampagne bei Greenpeace, war das doppelte Nein «eine herbe Enttäuschung». Die Probleme der Atomenergie seien nicht gelöst und werden sich mit zunehmendem Alter der AKWs noch verschärfen. Das zentrale Problem für Leo Scherer: «Werden die AKW-Betreiber und Sicherheitsbehörden wirklich – wie im Kernener-

giegesetz verpflichtet – abstellen, wenn die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist? Oder muss es irgendwo auf der Welt zuerst zu einer Reaktor-Katastrophe kommen?». Auch Hans Rickenbacher von der Schweizerischen Vereinigung für Geothermie (SVG) bedauert, dass es am 18. Mai «nicht gelungen ist, eine notwendige energiepolitische Kursänderung einzuleiten.» Und Robert Horbaty, Geschäftsführer der Vereinigung zur Förderung der Windenergie Suisse Eole, bedauert, dass «nun Milliarden in die Nachrüstung von alten Reaktoren fliessen und damit ins Auslaufmodell Atomenergie». Trotzdem «müssen wir unsere Arbeit weiter machen», erklärt Lucien Keller, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie (SSES): «Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass nur langfristige Arbeit in kleinen Schritten eine nachhaltige Wirkung erzielen kann.» Das Nein zum Atomausstieg ist denn auch für David Stickelberger, Geschäftsführer von Swissolar, kein Nein zum Schutz des Klimas, zum sorgfältigen Umgang mit Ressourcen und zur Förderung der erneuerbaren Energien. «Die Verpflichtungen aufgrund des Kyoto-Protokolls, der Verfassung, des CO₂-



Christoph Rutschmann,
Geschäftsführer Holzenergie
Schweiz:

«Es gilt nun, die ökonomischen und ökologischen Vorteile der erneuerbaren Energien effizient in die politische Diskussion einzubringen, damit die drohenden Budgetkürzungen das Programm EnergieSchweiz nicht killen.»



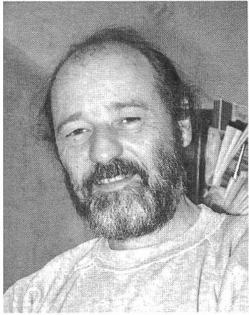
Hans Rickenbacher,
Schweizerische Vereinigung für
Geothermie SVG:

«Das Gefährdungspotenzial der Kernspaltungstechnologie bleibt, die radioaktiven Abfälle bedrohen noch Tausende von Jahren die Lebensgrundlagen der nachkommenden Generationen. Die jetzige Generation ist dafür verantwortlich.»



Robert Horbaty, Geschäftsführer der
Vereinigung zur Förderung der Wind-
energie (Suisse Eole):

«EnergieSchweiz bringt mehr als es kostet. Mit 55 Mio. Franken pro Jahr wurden im Jahr 2001 Investitionen von insgesamt 800 Mio. Franken, ein Beschäftigungsvolumen von 47000 Personenjahren und ein Mehrwertsteuerertrag von 60 Mio. Franken ausgelöst.»



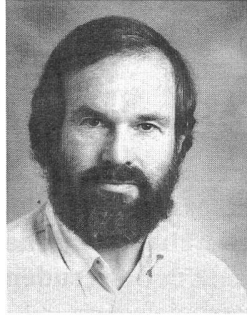
Leo Scherer, Mitarbeiter in der Energie- und Atomkampagne bei Greenpeace:

«Rund eine Million Abstimmende haben Ja zum ‚MoratoriumPlus‘ gesagt und trauen der Atomenergie nach wie vor nicht. Sie bleibt in unserer Gesellschaft eine sehr umstrittene Technik.»

und Energiegesetzes sind weiterhin gültig!»

Die Schweizer Energiepolitik – bald ein Scherbenhaufen?

Schon im September 2000 konnte die übermächtige Strom- und Wirtschaftslobby die drei energiepolitischen Vorlagen rund um die Solar-Initiative zur Einführung von Energie- und Lenkungsabgaben erfolgreich bodigen. Auch die CO₂-Abgabe stösst nach wie vor auf erbitterten Widerstand. Wurden am 18. Mai einfach nur zwei weitere Initiativen verloren? Christoph Rutschmann dazu: «Für die Energiepolitik ist der Entscheid insofern fatal, als die Schweiz nun zusammen mit Frankreich das letzte mitteleuropäische Land ist, das auf die Atomenergie setzt. Damit verbauen wir uns energiepolitische Chancen und verlieren unsere gute Position im Bereich Energienutzungstechnologien.» Für Hans Rickenbacher ist «die globale Energiefrage keineswegs vom Tisch! Erneuerbare Energie bleiben eine sinnvolle Option, deren Entwicklung die Schweiz nicht verschlafen darf.» Für Organisationen im Bereich erneuerbare Energien ist das Wirkungsfeld sicherlich nicht einfacher geworden, erklärt Lucien Keller. Für David Stickelberger hat sich mit der verlorenen Abstimmung «am Status quo nichts geändert». «Höchst bedenklich» sei jedoch, dass der Bundesrat «das Programm EnergieSchweiz abschliessen» wolle. Die Konsequenz daraus: «Dann gäbe es praktisch keine Massnahmen mehr, mit de-



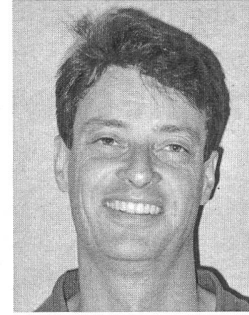
Lucien Keller, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie (SSES):

«Unsere Aufgabe besteht weiterhin darin, der breiten Öffentlichkeit den Nutzen und die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien aufzuzeigen.»

nen die verfassungsmässigen Ziele im Bereich Klima und Energie umzusetzen sind», betont Stickelberger. Auch Robert Horbaty warnt: «Energie-Schweiz ist kein Subventionsprogramm, sondern eine Investition in die Zukunft.» Leo Scherer schliesslich relativiert das Abstimmungsergebnis: «Dass Volksinitiativen keine Mehrheit erreichen, ist die Regel.» Trotzdem hatten die Initiativen positive Auswirkungen aufs Kernenergiegesetz, wie beispielsweise der Wiederaufbereitungsstopp, das fakultative Referendum beim Neubau und bei Erneuerungen von AKWs sowie die Unterstellung der Atomanlagen unter die Bundesgerichtsbarkeit.

Wie weiter?

Ginge es nach dem Willen der vermeintlichen «Sieger» vom 18. Mai, steuert die Schweizer Energiepolitik einem Fiasko zu. Was kann dagegen unternommen werden? Swissolar-Geschäftsleiter David Stickelberger spricht Klartext: «Wir brauchen eine sichere Weiterfinanzierung von EnergieSchweiz und die Einführung einer CO₂-Abgabe.» Und weiter: «Der Staat darf die Energie- und Klimapolitik nicht aus der Hand, beispielweise an die Erdölvereinigung, geben, die mit einer symbolischen Abgabe auf Benzin – dem Klimarappen – die CO₂-Abgabe verhindern will.» Für Leo Scherer von Greenpeace geht es insbesondere auch darum, die im Kernenergiegesetz enthaltenen Errungenschaften umzusetzen. Das heisst, es ist die Stromdeklarations-



David Stickelberger, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Solarenergie Swissolar:

«Die Schweiz kann ein bedeutendes Know-how im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien vorweisen. Darauf gilt es aufzubauen.»

pflicht einzuführen, zudem müssen die Hochspannungsbetreiber die Mehrkosten für die Einspeisung von dezentral produziertem Strom übernehmen. «Das verbessert die Chance für kleine, dezentrale Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen und ermöglicht, einen Markt für ökologisch einwandfreien Strom aufzubauen.» Für SSES-Präsident Lucien Keller würden die von Bundesrat Leuenberger angesprochene Einführung von Umweltgesetzen und Erlassen zwar «eine gewisse Kompensation bieten.» «Vor allem aber muss jetzt der CO₂-Abgabe hohe Priorität beigemessen werden», fordert Keller. «Wir müssen unbedingt das Begräbnis von EnergieSchweiz verhindern», betont Holzenergie Schweiz-Geschäftsführer Christoph Rutschmann, «und hierfür Allianzen schmieden sowie konzentrierte Öffentlichkeits- und Lobbyingarbeit leisten.» Robert Horbaty von Suisse Eole sieht dies ähnlich: «Eine wichtige Lehre aus energiepolitisch fortschrittlichen Ländern ist, dass – nebst einer sachbezogenen, lösungsorientierten Energiepolitik – der politische Druck unbedingt aufrechterhalten werden muss.» Hans Rickenbacher von der SVG schliesslich wünscht sich vor allem ein längerfristiges, zukunftsorientiertes Denken der heutigen Generation: «Es muss nun eine bessere, nachhaltigere Energiepolitik eingeleitet werden, die sich nicht alleine durch gegenwärtige wirtschaftliche Interessen korrumpieren lässt!»

